

E-Mail-Newsletter

Nr. 184, 16. April 2014

Liebe Mitglieder, FörderInnen und Interessierte!

Die Zahl der Asylsuchenden in Deutschland steigt weiter an. Nach einer Prognose des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge werden im Jahr 2014 ca. 18.000 neue Asylsuchende nach Baden-Württemberg kommen (2013: 13.853). Dies wird die haupt- und ehrenamtliche Arbeit für Flüchtlinge in allen Bereichen vor weitere Herausforderungen stellen: Unterstützung von Flüchtlingen im Asylverfahren, bei sozialen Bedarfen, bei der Wohnungssuche, beim Zugang zu Sprachförderung, Bildung und Arbeit, gegen drohende Abschiebungen oder Rücküberstellungen nach der „Dublin“-Verordnung. Auch die Stadt- und Landkreise sowie die Kommunen haben bei der Unterbringung der Flüchtlinge alle Hände voll zu tun. Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz macht eine humanere Unterbringung möglich. Auch damit dies wirklich geschieht, braucht es vor Ort engagierte Menschen, die sich für gute Lösungen einsetzen, wenn die Verwaltung dies nicht selbst voranbringt oder wenn es Proteste aus der Bevölkerung gibt. Im neuen Rundbrief des Flüchtlingsrats finden Sie mehrere Beiträge rund um das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz. In einer [Beilage zum Rundbrief](#) haben wir das Flüchtlingsaufnahmegesetz und die Durchführungsverordnungen sowie nützliche Hinweise zum Engagement vor Ort dokumentiert. Diese Dokumente können Sie auch als gedruckte Publikationen bei der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats bestellen.

Im ganzen Land entstehen derzeit zahlreiche neue Asylarbeitskreise. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg und die Wohlfahrtsverbände bieten neu entstehenden Initiativen, Vereinen und Beratungsstellen Unterstützung an: Informationen, Fortbildungsangebote, telefonische und sonstige Beratung. Melden Sie sich einfach in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats, wenn Sie Hilfe brauchen.

In diesem Sinne mit besten Grüßen

Vorstand und Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg

1. BADEN-WÜRTTEMBERG

Neues aus Baden-Württemberg / Berichte aus den Regionen / Pressedoku...

Kreise und Kommunen müssen mehr Flüchtlinge unterbringen.

Während das seit 1. Januar 2014 gültige neue Flüchtlingsaufnahmegesetz eine "menschenswürdige Behandlung" von Flüchtlingen postuliert und auch eine Unterbringung in Wohnungen möglich macht, müssen die für die Unterbringung zuständigen Stadt- und Landkreise alle Hebel in Bewegung setzen, um geeignete neue Unterkünfte bereit zu stellen. Wie gut die Vorgaben und Möglichkeiten des neuen FlüAG umgesetzt werden, ist derzeit noch nicht abzusehen. Als Tendenz ist jedoch festzustellen: Weil die Mittel begrenzt sind, weil die Kapazitäten auf dem sozialen Wohnungsmarkt fast nirgendwo vorhanden sind und weil es schnell gehen muss, tendieren etliche Kreise zum Kauf oder Bau von Unterkünften in Container- oder Modulbauweise. Je nach Größe, Art und Standort erscheinen diese "Lösungen" mehr oder weniger überzeugend. In einigen Kreisen werden bevorzugt kleinere Unterkünfte und Wohnungen angemietet. Im Folgenden aktuelle Medienberichte aus zahlreichen Stadt- und Landkreisen: [Weiterlesen ...](#)

In Mannheim soll eine zweite Landeserstaufnahmeeinrichtung aufgemacht werden

Bereits seit Ende des vergangenen Jahres hat die Stadt Mannheim 150 Flüchtlinge zusätzlich aufgenommen und so als weitere Außenstelle der Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) Karlsruhe fungiert. Nach wie vor prüft das Integrationsministerium, ob in Mannheim eine zweite LEA für Baden-Württemberg eingerichtet werden kann. Die

Stadt Mannheim sei prinzipiell bereit dazu. Die bisherige Gemeinschaftsunterkunft im Hafengebiet mit einer Kapazität von 750 Personen würde dann zur LEA werden und die dort in der "vorläufigen Unterbringung" befindlichen Flüchtlinge in andere Unterkünfte verteilt werden. [Weiterlesen ...](#)

Auch die Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) steigt

Die Stadt- und Landkreise haben Schwierigkeiten bei der Unterbringung. Vermehrt kommen minderjährige Flüchtlinge unbegleitet nach Deutschland. Sie werden auf der Flucht von ihren Eltern getrennt, kommen alleine oder werden von ihren Eltern an der deutschen Grenze ('in Sicherheit') abgesetzt. Die meisten von ihnen kommen aus Syrien, viele auch aus Afrika. Vor allem die grenznahen Landkreise klagen über vergleichsweise hohe Zahlen. Insgesamt wurden in Baden-Württemberg 182 Fälle im Jahr 2013 erfasst. Der Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) fordert für Kommunen mit vielen Flüchtlingskindern einen finanziellen Ausgleich sowie eine bessere Verteilung auf die Landkreise. Über UMF in Baden-Württemberg mehrere Medienberichte: [Weiterlesen ...](#)

Flüchtlinge unterstützen: Anregungen für einen wirkungsvollen Asylarbeitskreis

Angesichts der zunehmenden Flüchtlingszahlen, die im Land häufig auch in kleineren Kommunen zugewiesen werden, wird es immer dringender, neue Asylarbeitskreise zu gründen und ehrenamtliche UnterstützerInnen zu gewinnen. Häufig werden hierbei bereits bestehende Freundeskreise um Rat angefragt. Sylvia Schütz-Fatum vom Freundeskreis Asyl in Aalen erarbeitete aufgrund der Erfahrungen im Ostalbkreis für die Arbeitsgruppe beim Plenum des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg am 15.3.2014 ein Beispiel für einen Leitfaden für die Beratung neuer Initiativen. [Weiterlesen ...](#)

Mängel bei der Beschulung von Flüchtlingskindern

Mit den steigenden Flüchtlingszahlen steigt die Zahl der Kinder, die mit oder ohne Eltern fliehen. Bis zum 16. Lebensjahr gilt auch für sie die Schulpflicht. Doch die Aufnahme in die Schulen vor Ort verläuft nicht immer ohne Probleme. Viele Schulen sind mit einer speziellen Förderung überfordert. An manchen Schulen gibt es Vorbereitungsklassen für Kinder ohne Deutschkenntnisse, in denen sie auf den Unterricht in der Regelklasse vorbereitet werden. Diese sind häufig überfüllt und Lehrkräfte oft nicht ausgebildet, Deutsch als Fremdsprache zu unterrichten. Vielen Schulen fehlt überhaupt die Möglichkeit, Vorbereitungsklassen anzubieten aufgrund von zu wenig Lehrkräften oder nur wenigen Flüchtlingskindern.

- 02.04.2014 Pressemitteilung Flüchtlingsrat Baden-Württemberg: [Die Kinderrechtskonvention gilt auch für Flüchtlingskinder!](#) Siehe auch Artikel im Rundbrief 01/2014 des Flüchtlingsrats: „Willkommen in der Schule?“. (Autorin: Ulrike Duchrow)

- 19.03.2014 Stuttgarter Zeitung: [„Rasanter Anstieg bei Flüchtlingskindern“](#)

Die neue Bleiberechtsregelung kommt!

Die von der neuen Bundesregierung im Koalitionsvertrag in Aussicht gestellte neue stichtagsfreie Bleiberechtsregelung (§ 25b AufenthG) eröffnet vielen Geduldeten die Chance auf eine Aufenthaltserlaubnis und eine menschenwürdige Perspektive. Allein in Baden-Württemberg gibt es über 10.000 Geduldete, davon über 4.000, die bereits seit über 6 Jahren in diesem (Nicht-)Status leben müssen. Grundlage für den geplanten § 25b AufenthG ist der Bundesratsbeschluss vom 28. August 2012 (BR-Drucksache 505/12). Damit Geduldete, die die Erteilungsvoraussetzungen eventuell erfüllen, bis zur Verabschiedung des Gesetzes nicht von Abschiebung bedroht sind, haben einige Bundesländer Vorgriffsregelungen erlassen, darunter auch Baden-Württemberg mit einem Erlass des Innenministeriums vom 11.2.2014. Mit der Einführung des § 25 b AufenthG soll auch eine Änderung des bereits bestehenden § 25a AufenthG kommen. Demnach sollen „gut integrierte Jugendliche“ (15-21 Jahre) mit Duldung bereits nach 4 Jahren (bisher 6) eine Aufenthaltserlaubnis erhalten können. [Weiterlesen ...](#)

Fallstricke des Aufnahmeprogramms

Obwohl der syrische Bürgerkrieg und das Elend der Millionen syrischer Flüchtlinge unvermindert weitergehen, begnügen sich Deutschland und andere EU-Staaten mit ihren Aufnahmeprogrammen mit dem Tropfen auf den heißen Stein. Nachdem die Antragsfristen für die deutschen Kontingente im Februar abgelaufen sind, besteht im Moment Unklarheit, ob es eine Fortsetzung geben wird. Der Aufnahmeprozess läuft nach wie vor bürokratisch und schleppend. Von den 10.000 Personen, die über das Bundesprogramm aufgenommen werden sollen, wie auch von den max. 1.000 Personen, die über das Landesprogramm aufgenommen werden sollen, ist erst ein Teil tatsächlich in Deutschland angekommen. Diejenigen, die bereits in Deutschland aufgenommen werden konnten, sind dankbar und erleichtert, dass sie der "syrischen Hölle" entronnen sind. Ein zentrales und skandalöses Problem bei den Aufnahmebedingungen, insbesondere beim Landesprogramm, ist aber nach wie vor der nicht vorhandene Krankenversicherungsschutz und die Gefahr für die in Deutschland lebenden Angehörigen, dass sie sich aufgrund der Verpflichtung zur Übernahme der Krankenbehandlungskosten finanziell ruinieren können. Ein derartiger Fall ist auch bereits öffentlich geworden:

- 15.03.2014 Schwäbische Zeitung: [„Wenn Gastfreundschaft in der Katastrophe endet“](#)
Weitere Meldungen...[Weiterlesen ...](#)

Alle Kinder bleiben hier! Keine Abschiebung von Roma aus Konstanz

Aufruf und Petition des Aktionsbündnisses Abschiebestopp Konstanz

- 01.04.2014 Informationsblatt ["Alle Kinder bleiben hier! Keine Abschiebung von Roma aus Konstanz" \(PDF\)](#)
- Link zur Petition ["Alle Kinder bleiben hier! Keine Abschiebung von Roma aus Konstanz"](#)
[Weiterlesen ...](#)

In aller Kürze:

- 23.02.2014 Schwäbisches Tagblatt Tübingen [„Der syrischen Katastrophe entronnen. Ein Flüchtling berichtet von seinem Weg nach Deutschland“](#)
- 25.02.2014 Stuttgarter Nachrichten [„Alle Welt trifft sich im Alten Waisenhaus“](#) In Stuttgart wird ein Willkommenszentrum für Migranten und Flüchtlinge eingerichtet.
- 06.03.2014 Stuttgarter Zeitung: [„Preis für Nürtinger Netzwerk Flüchtlingshilfe. Sie schnürren für die Menschlichkeit“](#)
- 07.03.2014 Südwestpresse [„Homosexueller aus dem Iran findet neue Heimat in Mannheim“](#) Diesem Flüchtling ermöglichte auch der Flüchtlingsrat Rechtshilfeunterstützung im Asylverfahren.
- Am 20. Februar 2014 nahm sich der iranische Flüchtling Kahve P. hinter der Tübinger Stiftskirche das Leben.
- 14.03.2014 Schwäbisches Tagblatt Tübingen: ["Kahve Pouryazdani: Selbstverbrennung als ein letztes politisches Signal. Mehr als hundert Gäste bei der Beisetzung"](#)
- 15.03.2014 Südwestpresse: [„Ausdruck der Menschlichkeit“](#) Bei einer Spendensammlung erhielt der AK Asyl Hechingen 9.500 Euro
- 23.03.2014 Stuttgarter Zeitung [„Die Wüstenblumen sind gut verwurzelt“](#) Bericht über eine Flüchtlingsband aus Kirchheim / Teck.
- 27.03.2014 Schwarzwälder Bote [„Polizei findet Flüchtlinge aus Syrien“](#). Nach mehr als einem Jahr auf der Flucht sind 47 Flüchtlinge (darunter 21 Kinder) aus Syrien in Kehl angekommen. Noch am Bahnsteig baten die Bürgerkriegsflüchtlinge um Asyl in Deutschland.
- 28.03.2014 Schwarzwälder Bote: ["Nagold: Kompetente Nachhilfe für die Flüchtlingshelfer"](#) (Artikel über Fortbildung des Flüchtlingsrats im Rahmen des BIQ-Projekts)
- 02.04.2014 Stuttgarter Zeitung [„Asylverfahren halten Richter auf Trab. Die Zahl der Flüchtlinge, die ihr Bleiberecht einklagen wollen, ist sprunghaft angestiegen.“](#)
- 03.04.2014 Stuttgarter Zeitung [„Die fleißigen Asylbewerber sind zurück“](#) Bericht über den geplanten Einsatz von Flüchtlingen bei der Landesgartenschau in Schwäbisch Gmünd
- 15.04.2014 Stuttgarter Nachrichten: [„Hilfe für Roma. Ein Bad für bessere Bildung“](#) Bericht über die Projektarbeit des Diakonischen Werks Württemberg für abgeschobene Roma in Serbien

2. THEMEN & INFORMATIONEN

Informationen zur Asyl-, Flüchtlings- und Migrationspolitik BaWü / BRD / EU...

Sichere Herkunftsstaaten?

Das Bundesinnenministerium hat Anfang März den Entwurf für ein Gesetz vorgelegt, das die Länder Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und Albanien zu "sicheren Herkunftsstaaten" erklären soll. Das Gesetzesvorhaben ist Teil des Koalitionsvertrags der großen Koalition. Das Gesetz hätte zur Folge, dass vor allem Roma aus diesen Herkunftsstaaten von einem fairen Asylverfahren ausgeschlossen wären. Asylanträge würden dann stets als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt werden. PRO ASYL sieht in dem Gesetzentwurf ein *"Machwerk, das jeden gesetzgeberischen Standard unterläuft"*. Am 10. April erklärte auch die baden-württembergische Integrationsministerin Öney (SPD) laut Stuttgarter Nachrichten, dass sie diesen Gesetzentwurf mitträgt. Die Landtagsfraktion der Grünen bemüht sich darum, dass sich Baden-Württemberg im Bundesrat enthält.

- 06.03.2014 Presseerklärung PRO ASYL: ["Gesetzentwurf erklärt Serbien, Mazedonien und Bosnien zu sicheren Herkunftsstaaten. PRO ASYL kritisiert: Entwurf unterschreitet jeden gesetzgeberischen Standard. Ziel der Regierungskoalition: Roma von fairen Asylverfahren ausschließen"](#)
- [PRO ASYL-Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Einstufung weiterer Staaten als sichere Herkunftsstaaten und zur Erleichterung des Arbeitsmarktzugangs für Asylbewerber und geduldete Ausländer](#)
- 15.03.2014 Stuttgarter Zeitung: ["Beschleunigte Asylverfahren. Die Bundesregierung will die Zuwanderung aus den Balkanländern begrenzen."](#)
- 08.04.2014 Presseerklärung PRO ASYL: ["Tag der Roma: Fluchtgründe von Roma ernst nehmen! Zum heutigen"](#)

[internationalen Tag der Roma erinnert PRO ASYL an die historische Verantwortung Deutschlands gegenüber Angehörigen der Roma in den Balkanstaaten und in Deutschland.](#)

- 10.04.2014 Stuttgarter Nachrichten: ["Flüchtlinge vom Balkan. Öney für schärfere Asyl-Regeln."](#)

Unterschriftenaktion zur Europawahl

Anlässlich der am 25. Mai 2014 stattfindenden Wahlen zum Europäischen Parlament hat der Flüchtlingsrat Schleswig - Holstein gemeinsam mit dem Landesverband der Deutschen Sinti und Roma und dem Projekt diffärenz im IQ-Netzwerk SH eine Unterschriftenaktion initiiert, die sich für eine wirksame europäische Antidiskriminierungspolitik zugunsten von Roma innerhalb und außerhalb Europas einsetzt. Unter dem link <http://www.frsh.de/themen/roma/> ist es möglich die detaillierten Forderungen direkt an das Menschenrechtskomitee des Europäischen Parlaments zu senden. Bitte senden Sie diese Informationen an Ihre Verteilerlisten weiter und beteiligen Sie sich an diesem Angebot. Vielen herzlichen Dank für Ihre Unterstützung.

Asylbewerberleistungsgesetz gefährdet Menschenleben

Das Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) sieht in § 4 vor, dass Asylsuchende nur Anspruch auf die Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände haben. Hierzu ist i.d.R. auch die vorherige Genehmigung einer medizinischen Behandlung durch das zuständige Sozialamt erforderlich. Abgesehen davon, dass das AsylbLG grundsätzlich nur eine medizinische Mangelversorgung zulässt, kann dieses System immer wieder zu extremen Situationen führen, wie aktuelle Beispiele zeigen. Im "Fall Leonardo" wäre der damals 15 Monate alte Leonardo Petrovic fast gestorben, weil Mitarbeiter der Aufnahmeestelle Zirndorf dem Kinder serbischer Asylsuchender trotz Anzeichen akuter Behandlungsbedürftigkeit die Hilfe verweigerten. Am 15. April kam es deswegen zu Verurteilungen wegen unterlassener Hilfeleistung und Körperverletzung. Am 16. April soll in einer Hannoveraner Kinderklinik die ghanaische Asylsuchende Vida M. mit ihrem einen Monat alten Joshua abgewiesen worden sein, weil die Mutter kein Dokument vorlegen konnte, das die Übernahme der Behandlungskosten regelt. Das Baby starb kurz darauf.

- 15.04.2014 PRO ASYL Presse-Erklärung: ["Fall Leonardo: Mitarbeiter von Asylbewerberunterkunft zu Geldstrafen verurteilt"](#)

- 16.04.2014 PRO ASYL Presse-Erklärung: ["Flüchtlings-Baby stirbt..."](#)

BAMF bricht berufsbezogene Sprachförderung ab

Wie das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge am 1. April 2014 in einem Schreiben mitteilte, sind im ESF-BAMF-Programm keine Mittel mehr vorhanden, sodass nur noch Kurse, die vor dem 31.3.14 beantragt wurden, durchgeführt werden können. In 2014 werden also aller Voraussicht nach keine weiteren ESF-BAMF-Kurse mehr stattfinden können. Dies führt dazu, dass auch mehrere von den Bleiberechtsnetzwerken in Baden-Württemberg (www.bleibinbw.de) initiierte bzw. geplante Kurse für Flüchtlinge gestrichen werden mussten. Der Bundesrat hat am Freitag einen Antrag angenommen, der den Bund auffordert, die Finanzierungslücke bei Deutschkursen für MigrantInnen im Bundeshaushalt 2014 zu überbrücken. Baden-Württemberg war einer der Antragsteller. In einer Landtagsanfrage (Drucksache 15/5064) wollen die Grünen Aufklärung und fordern, dass die für die kommende Förderperiode geplante Einschränkung der Zielgruppen (keine Flüchtlinge mehr ohne Aufenthaltserlaubnis) überdacht wird.

- 07.04.2014 Die Tageszeitung (taz.de): [Sparen an der Sprachförderung. Kein Geld für Integration. Ab sofort werden bundesweit keine Sprachkurse für MigrantInnen mehr bewilligt. Erst 2015 kommen wieder EU-Gelder.](#)

- 11.04.2014 Stuttgarter Zeitung: ["Abruptes Ende für Deutschkurse. Plötzlich war der Fördertopf leer."](#)

- 14.04.2014 Flüchtlingsrat Schleswig-Holstein / Pressemitteilung: ["Ein zu erfolgreiches Programm? Drohendes Aus für berufsbezogene Sprachkurse für Flüchtlinge! Kieler Flüchtlingsrat protestiert gegen geplanten Ausschluss von Flüchtlingen und begrüßt aktuelle Bundesratsinitiative für die Fortsetzung der Förderung."](#)

- 10.04.2014 Landtagsfraktion der Grünen: [Antrag: "Aussetzung der Kurse zur berufsbezogenen Sprachförderung" \(Drucksache 15/5064\)](#)

In aller Kürze / Infos und Materialien:

26.02.2014 Die Welt: [„Zahl der Kriege und gewaltsamen Konflikte steigt“](#)

- 27.02.2014 Die Zeit [„Willkommen in Deutschland“](#) Ein Jahr lang hat die Journalistin Carolin Emcke in der Erstaufnahmeeinrichtung Eisenhüttenstadt recherchiert.

- 20.03.2014 Die Zeit [„Das Ende der Hauptstelle Horch. Mit dem Ausspionieren von Flüchtlingen in Deutschland soll Schluss sein. Der Bundesnachrichtendienst will Informationen aus Krisenregionen nun vor Ort beschaffen.“](#)

- 31.3.2014 Nach einer neuen Schätzung einer Arbeitsgruppe europäischer JournalistInnen beläuft sich die Zahl der im EU-Grenzraum zu Tode gekommenen Flüchtlinge seit 2000 auf über 23.000. Dies ist auf der interaktiven Karte [The Migrant's Files](#) dokumentiert.

- 10.04.2014 Süddeutsche Zeitung: [„Abschiebehaft in Deutschland. Unschuldig im Gefängnis“](#)

- 15.04.2014 Presseerklärung PRO ASYL: [EU-Parlament stimmt über Regelungen für Frontex an den Seeaußengrenzen ab](#) (mit kritischer Diskussion des Gesetzentwurfs)
hierzu auch: 24.02.2014 Süddeutsche [„Frontex soll Flüchtlinge retten müssen“](#)
- 15.04.2014 PRO ASYL: [„Flüchtlinge in Bulgarien: Zurückgewiesen, inhaftiert oder katastrophal untergebracht.“](#)
Aktuelle Berichte von UNHCR u.a.
- 16.04.2014 Flüchtlingsrat Berlin: [Räumung des Oranienplatzes: Eine traurige Bilanz für die Flüchtlingspolitik des Senats](#)

Informationsverbund Asyl und Migration (12/2013): **Übersichten zu den gesetzlichen Neuerungen (im Flüchtlingsrecht) ab 1. Dezember 2013.** Beilage zum Asylmagazin 12/2013

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg / Projekt BIQ (2014): **Unterstützung von besonders Schutzbedürftigen Flüchtlingen.** Diese 12-seitige Broschüre führt in die rechtlichen Grundlagen und die Arbeit mit besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen ein. Bestellbar auch über die Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats.

Deutscher Caritas-Verband e.V. (2014): **Das Flughafenverfahren**

Diese 20-seitige Broschüre ist die erste Publikation in der neuen Reihe „Fluchtpunkte - Fakten, Positionen, Lösungen“ des DCV. Sie beschreibt die rechtliche Regelung des Flughafenverfahrens sowie Positionen und Hilfsangebote des Caritasverbands zum Flughafenverfahren. Bestelladresse: Deutscher Caritasverband, Karlstraße 40, 79104 Freiburg, Tel.: 0761-200327, E-Mail: migration.integration@caritas.de Weitere Themenbroschüren aus dieser Reihe: „Abschaffung Asylbewerberleistungsgesetz“ und „Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“

Amadeu Antonio Stiftung und PRO ASYL (Hg.) (März 2014): **Broschüre „pro menschenrechte. contra vorurteile“**, Fakten und Argumente zur Debatte über Flüchtlinge in Deutschland und Europa. DIN A6, 36 S. Kurz und griffig wird hier auf die gängigen Vorurteile gegen Asylbewerber und Flüchtlinge eingegangen. Diese Broschüre ist (auch in größerer Anzahl, solange der Vorrat reicht) kostenlos zu beziehen in der Geschäftsstelle des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Telefon 0711-5532834, Email: info@fluechtlingsrat-bw.de.

3. AKTUELLE TERMINE

Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Do, 03.07.2014, 9.15 Uhr bis 16.30 Uhr, im Diakonischen Werk Württemberg, Heilbronner Straße 180, 70191 Stuttgart
Fachtag für Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingsarbeit
Veranstalter: Diakonisches Werk Württemberg

12. Juli 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12
Tagung und Plenum des Flüchtlingsrats
Schwerpunktthema: Syrien / syrische Flüchtlinge

Flüchtlings-Floß-Tour 2014. Neue Tour von Heinz Ratz mit der Band Strom & Wasser

Nachdem Heinz Ratz und seine Band "Strom & Wasser" schon in den letzten beiden Jahren spektakuläre Erfolge durch ihre vielen Konzerte mit Musikern aus Flüchtlingslagern feiern konnten, widmet sich Ratz noch einmal dem Flüchtlingsthema: Am 14.07. wird er mit zwei bis drei großen Flößen aufbrechen, umgestaltet zu Flüchtlingsbooten, die ihn und eine Begleitcrew aus Flüchtlingen und deutschen UnterstützerInnen main-, neckar- und rheinabwärts und dann entlang des Mittellandkanals bis nach Berlin führen.

In Baden-Württemberg wird es folgende Konzerttermine geben:

- 28.07.14 Tübingen Sudhaus
- 29.07.14 Reutlingen Franz K
- 30.07.14 Ludwigsburg tbc
- 31.07.14 Heidelberg Halle 02
- 01.08.14 Mannheim tbc
- 02.08.14 Freiburg tbc
- 03.08.14 Karlsruhe Tollhaus

Mehr Informationen: www.strom-wasser.de

19. - 21. September 2014, Evangelische Akademie Bad Herrenalb
Das neue Flüchtlingsaufnahmegesetz und seine Umsetzung

Tagung in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsrat Baden-Württemberg

22. November 2014, 9.30 - 17.00 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeindehaus, Schubartstr. 12

Tagung und Plenum des Flüchtlingsrats

Schwerpunktthema: Europa.

Impressum

FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: info@fluechtlingsrat-bw.de

Web: www.fluechtlingsrat-bw.de

Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Mitgliedschaft, eine Fördermitgliedschaft oder eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg e.V., BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930

Redaktion: Andreas Linder, Dr. Manfred Budzinski. Mitarbeit: Lea Brinkmann

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unserer Website unter "Informationen / E-Mail-News"

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von: Förderverein PRO ASYL e.V., Europäischer Flüchtlingsfonds, Land Baden-Württemberg (Ministerium für Integration) im Rahmen des Projekts BIQ (Beratung-Information-Qualifizierung): www.biq.fluechtlingsrat-bw.de